

aus dem Inhalt

- ♦ „Caritas in Veritate“
- ♦ Intern. Konferenz und EDP zum Agrarhandel
- ♦ Im Plenum der ILO zu Intern. Konventionen
- ♦ Arbeitsmigration und Menschenhandel in der Genderperspektive
- ♦ EDP-Ukraine zu Menschenhandel und Arbeitsmigration
- ♦ JP-Prüfsteine zur Bundestagswahl
- ♦ Entwicklungspolitik in Krisenzeiten. Ein Wahlkampfthema?

„Caritas in Veritate“ - Ermutigung für JP-Arbeit

„Angesichts der enormen wirtschaftlichen Dynamik der Globalisierung fordert die Enzyklika „Caritas in Veritate“ (CiV) von Papst Benedikt XVI. den Menschen in seiner persönlichen Verantwortung und Berufung für sich, die anderen und die gesamte Menschheitsfamilie heraus.“ So würdigte Bischof Dr. Ackermann als Vorsitzender von Justitia et Pax die neue Sozialenzyklika von Papst Benedikt XVI. am 7. Juli 2009, am Tag ihrer Veröffentlichung. Orientierungsmaßstäbe dabei seien „die Gerechtigkeit und das Gemeinwohl der Menschheitsfamilie“. Die Enzyklika beziehe ihren dringlichen Appell an die ethische Verantwortung des Menschen, auch auf die notwendige politische und soziale Ordnung der Menschheitsfamilie, die aus einer gestärkten moralischen und ethischen Orientierung erwachsen könne und solle. „Globalisierung ist a priori weder gut noch schlecht. Sie wird das sein, was die Menschen aus ihr machen“ (CiV 42), so zitiert Bischof Dr. Ackermann aus der Enzyklika.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax sieht sich in ihren Bemühungen um eine politische Steuerung der ökonomischen Globalisierung auf ethischer Grundlage durch die Enzyklika ermutigt. Deren Ausführungen zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, zur Deregulierung und zur notwendigen Stärkungen von Arbeitsnehmervereinigungen (CiV 25, 63, 64) bestätigen die Intention und Ausrichtung des Projektes zu menschenwürdiger Arbeit, in dem JP mit Gewerkschaften und der ILO kooperiert. Ebenso greift das JP - Vorhaben zum „Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen“ in seiner inhaltlichen Ausrichtung die Forderung der Enzyklika nach einem „gerechten und ausgeglichenen Welthandel im Agrarbereich“ (CiV 58) auf.

Internationale Konferenz und EDP zum gerechten Agrarhandel

Vom 27. März bis 5. April 2009 fand das EDP „Internationaler Agrarhandel zwischen Ernährungssicherung, Energieversorgung und Handelsliberalisierung“ in Uganda und Sambia mit abschließender internationaler Konferenz in Lusaka statt. Für die Teilnehmenden aus Politik, Regierung, Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, NRO, Stiftung und Bauernverbänden boten die Erfahrungen in den kleinbäuerlichen Familien eine gute Grundlage für die weiterführenden politischen Diskussionen auf der Konferenz. Besonders die Fragen nach der Gestaltung einer gerechten Milchwirtschaft in Sambia, der Rechte von Arbeitern in der Zuckerproduktion und des Einsatzes gen-

technisch veränderten Saatgutes boten Ansätze für intensive Diskussionen. Die Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn und Ulrich Kelber setzten ihre Erfahrungen in einer anschließenden Bundestagsdebatte sowie in Interviews mit Tageszeitungen und in der Fernsehsendung „Weltspiegel“ um. Mit dem Jesuit Centre for Theological Reflection hatte Justitia et Pax vor Ort einen starken, engagierten und anerkannten Partner für die Durchführung des Programms.

Neben den Teilnehmenden aus Europa waren 27 Personen aus Ministerien und Kirche, aus kleinbäuerlichen Zusammenschlüssen, NRO-Netzwerken, Kirche, Stiftungen, Botschaften und internationalen Organisationen sowie der Wissenschaft aus Sambia, Uganda, Südafrika und Zimbabwe beteiligt. Inhaltliche Marksteine waren die Diskrepanz zwischen der men-



Bärbel Höhn, MdB mit Johannes Flosbach, Kaito Invest GmbH bei Gastfamilie in Uganda



Angela Mulenga, Sambia, Fr. Hilary Muheza, Caritasdirektor Kasana-Luwero, Dr. Evita Schmieg, BMZ (von li. nach re.)

schenrechtlichen Betrachtung der Ernährungssicherheit und der Regierungsposition zu Landwirtschaft, Nahrungsmittelkrise und Agrarhandel. Zudem beherrscht die Wirtschaftskrise die regionale politische Debatte. Es zeichnet sich ab, dass EDP und Konferenz für die Partner im Land neue Dialogmöglichkeiten eröffnet haben. Auch für die Justitia et Pax-Arbeit vor Ort ergaben sich laut Rückmeldungen der lokalen Partner ermutigende Signale und Anregungen.

Im Plenum der ILO zu Internationalen Konventionen

Vom 2. bis zum 5. Juni 2009 nahm Frau Dr. Hagemann zum zweiten Mal als Vertreterin von Kolping International an der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf teil. Am Beispiel des Übereinkommens für Heimarbeit plädierte ihr Beitrag im Plenum für die Ratifizierung und Umsetzung von Internationalen Konventionen durch nationale Regierungen, die Bereitschaft dazu sei Gradmesser für international verantwortungsvolle Regierungsführung: Viele Konsumgüter für die Märkte der reichen Länder in den Heimen der Arbeiterinnen würden in Schwellen- oder Entwicklungsländern erstellt. Der fehlende Schutz für die Arbeitenden bewirke, dass Produktionskosten bewusst niedrig gehalten werden. Die Ratifizierung des Übereinkommens auch in den Abnahmeländern bedeute daher die Anerkennung der Rechte der Heimarbeiterinnen überall auf der Welt. Die Ratifizierung setze ein bewusstes Zeichen sozialer Verantwortung für eine fair gestaltete Globalisierung, hieß es im Statement von JP. Für die Arbeiterinnen in den Produktionsländern erwirke dies die Möglichkeit, ihre Rechte in ihren Ländern einzufordern und es bedeute vor allem für die Regierungen dieser Länder Anreiz, ihre Bevölkerung vor Ausbeutung und Armut zu schützen. Durch die Umsetzung dieser Übereinkommen in nationales Recht und die Kontrolle der Einhaltung werde Arbeitskraft geschützt und sozialer Frieden gesichert.



Dr. Hildegard Hagemann
im Plenum der ILO, Genf

Arbeitsmigration und Menschenhandel in der Genderperspektive

Im Nachgang zum Exposure- und Dialogprogramm in der Ukraine zum Thema Menschenhandel im Mai 2009 (vgl. unten) hat Justitia et Pax in Fortführung der Arbeit zur Geschlechtergerechtigkeit ein Fachgespräch zu Arbeitsmigration in der Genderperspektive am 23. Juni 2009 in Köln durchgeführt. Deutlich wurde, dass frauen- und männerspezifische Arbeitsfelder jeweils höchst unterschiedliche Problemlagen hervorbringen. So sehen sich etwa ukrainische Frauen, die in der EU gearbeitet haben, rasch dem Verdacht der Prostitution ausgesetzt. Ein Effekt dieser Stigmatisierung ist, dass illegaler Aufenthalt im „Westen“ nach der Rückkehr nicht thematisiert wird und kriminelle Schlepperbanden mit dem Schweigen der Opfer von Menschenhandel fest kalkulieren können. Während eine gewerkschaftliche Organisation von Wanderarbeitern auf Großbaustellen – wenn auch unter Schwierigkeiten – aufgebaut werden kann, scheint es demgegenüber fast unmöglich zu sein, Frauen in haushaltsnahen Dienstleistungsbereichen zu organisieren. Dadurch wird es gerade in diesen Bereichen noch schwieriger, Migrantinnen über ihre Rechte aufzuklären, illegale Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden und die Geltung von Sozialstandards einzufordern. Mitwirkende der Caritas Ukraine und des DCV haben die Risiken des „Global Care Drain“ von Ost nach West und von Süd nach Nord anschaulich dargelegt. - Genderübergreifend wurde deutlich, dass in unserer Gesellschaft ein größeres Problembewusstsein erforderlich ist, um nachhaltige Fortschritte in der Gesetzgebung und individuelle Verhaltensänderungen bspw. bei der Ausnutzung von sog. Schwarzarbeit zu bewirken.

Europäische Konferenz JP, Konzertierte Aktion zu Menschenhandel

Beim Generalsekretärstreffen in Prag am 7./8. März 2009 wurde im Rahmen der Konzertierten Aktion von 2009 zum Thema Menschenhandel eine ge-

meinsame Erklärung verabschiedet, in der JP Europa u.a. die Ratifizierung, Anwendung und Überwachung der Europarats-Konvention gegen Menschenhandel fordert. Die Erklärung wurde am 30.03.2009 in Deutschland veröffentlicht.

EDP - Ukraine zu Menschenhandel und Arbeitsmigration



In der Gastfamilie
im Hintergrund von rechts:
Paulis Apinis, verantw. für
EDP und Katrin Gerdsmeyer,
Katholisches Büro Berlin

Im Rahmen dieser konzertierten Aktion führte die Europäische Konferenz JP mit dem EDP e.V. ein EDP in der Ukraine durch (12. - 21. Mai 2009). 19 Teilnehmende aus den europäischen Kommissionen hatten Gelegenheit, Ursachen und Auswirkungen erzwungener Arbeitsmigration in der Ukraine kennenzulernen. Unter ihnen waren viele, die im Kampf gegen Menschenhandel, Prävention oder Arbeit mit Opfern engagiert sind, z.B. in Litauen, Rumänien oder Bosnien.

Die Begegnung in Familien mit sehr unterschiedlichen Migrationsverläufen gab intensive Einblicke. Die abschließende Reflexion in Lviv und der Dialog mit Verantwortlichen aus Polizei, Strafverfolgung, Sozialpolitik, Caritas und NGO vertiefte die politische Auseinandersetzung um Arbeitsmigration, Illegalität, organisierte Kriminalität, aber auch um ländliche Entwicklung und sozioökonomische Perspektiven für Familien und Jugendliche in der Ukraine. Die griech.-kath. Kirche ist in den Dörfern, v.a. in der Begleitung der Menschen, aber auch in Aufklärung und Reintegration der Rückkehrer/innen stark engagiert.

Die Resonanz der Teilnehmenden war außerordentlich gut. Die französische Präsidentschaft der europäischen Konferenz JP hat der Generalversammlung für die Konzertierte Aktion 2010 'Solidarisches Wirtschaften' ein weiteres EDP vorgeschlagen.



Beim Dialog in Lviv
von li.: Sr. Marie-Laure
Denès, Generalsekretärin
JP Europa; Myroslava
Rap, JP Ukraine; Gertrud
Casel; Bischof Glib
Lonchyna, Lviv; Erzbischof
Gerard Defois, Präsident
JP Europa

Bosnien-Bericht

Der diesjährige Bericht zur Lage der Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina ist erschienen. Der von der bosnischen Kommission Justitia et Pax erarbeitete Bericht befasst sich u.a. ausführlich mit der Lage der jungen Menschen in der Region. Der Bericht zeichnet trotz der relativen Stabilität der Lage ein bedrückendes Bild wachsender Hoffnungslosigkeit der jungen Generation. Es steht die dringende Frage im Raum, auf welcher strukturellen wie ideellen Grundlage in Bosnien ein tragfähiges Staatswesen gebildet werden kann. Der Bericht zeigt deutlich, dass die ungelösten und weitgehend unbearbeiteten Versöhnungsfragen dem gesellschaftlichen Aufbau im Wege stehen.

Justitia et Pax - Prüfsteine zur Bundestagswahl 2009

Am 7. Mai 2009 hat JP Prüfsteine zur Bundestagswahl 2009 veröffentlicht unter der Überschrift „Wahlkampf nutzen, um internationale Verantwortung zu stärken“. In einem Interview mit der kna äußerte sich Bischof Dr. Ackermann zu wesentlichen Punkten. Weiter wurden die Wahlprüfsteine an Parteien, Fraktionen, einschlägige Bundestagsabgeordnete und andere Kooperationspartner versandt.

„Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung in Krisenzeiten. Ein Wahlkampfthema?“

Die für Entwicklungspolitik zuständigen Sprecher der Fraktionen im Deutschen Bundestag, Dr. Christian Ruck (CDU/CSU), Dr. Sascha Raabe (SPD), Hellmut Königshaus (FDP), Ute Koczy (Grüne) und Hüseyin Aydin (Die Linke) hatten sich alle eingefunden am 24. Juni 2009, um im beginnenden Bundestagswahlkampf auf Einladung der GKKE beim Bonner Forum Kirche und Entwicklung Entwicklungspolitik in Krisenzeiten zu diskutieren. Wie halten sie es

mit dem Stellenwert der Armutsbekämpfung in der Entwicklungspolitik, mit ländlicher Entwicklung, Klimakrise und der Arbeitsteilung von Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit, so gab GKKE-Vorsitzender Prälat Dr. Karl Jüsten die Themen vor.

Alle bekannten sich zur Armutsbekämpfung als überwölbendem Ziel der Entwicklungspolitik, zogen aber unterschiedliche Schlüsse daraus, etwa im Blick auf die Schwellenländer. Ähnliches ergab sich zur Förderung der ländlichen Entwicklung und zur Budgethilfe bei gleichzeitiger Stärkung von parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Kontrolle. Nur im Blick auf das BMZ geriet Hellmut Königshaus von der FDP in grundsätzlichen Gegensatz zu den anderen mit der seit langem von den Liberalen vertretenen Position, die EZ sei beim Auswärtigen Amt besser aufgehoben.

OB Bärbel Dieckmann (Bonn), gleichzeitig Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe, würdigte den Beitrag der Veranstaltungsreihe zum entwicklungspolitischen Diskurs am internationalen und Entwicklungsstandort Bonn.

Würdigung von JP bei Amtseinführung von Bischof Dr. Ackermann in Trier

In einem Grußwort zur Amtseinführung von Bischof Dr. Ackermann in Trier am 24. Mai 2009 hat der Vorsitzende der DBK, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, das Engagement des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax in seiner Bedeutung für die Bischofskonferenz hervorgehoben.

Parlamentariergespräch zur Ratifizierung der Heimarbeitskonvention

Seit 2006 engagiert sich Justitia et Pax im Rahmen der GKKE zusammen mit dem DGB öffentlich für die Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Heimarbeiterinnen, das von der Internationalen Arbeitsorganisation beschlossen wurde. Am 21. April 2009 fand im Katholischen Büro unter der Leitung von Prälat Dr. Jüsten ein Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden SPD- Vorsitzenden Andrea Nahles statt. Frau Nahles zeigte großes Interesse an einer entwicklungspolitischen Argumentationslinie in der Diskussion um die Ratifikation. Sie will sich in direkten Gesprächen mit dem Bundesminister für Arbeit für eine Ratifizierung stark machen.

GKKE Kohärenzbericht

Am 13. Mai 2009 wurde der achte Bericht zur Armutsbekämpfung mit dem Titel „Eigenständig und gemeinsam: Die Beiträge der Ressorts der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik“ durch Prälat Dr. Jüsten der Öffentlichkeit vorgestellt. In ihrem neuen Bericht zur entwicklungspolitischen Kohärenz befasst sich die GKKE mit der zunehmenden Einbeziehung weiterer Ressorts neben dem BMZ in die Entwicklungspolitik. In den letzten zwei Jahren haben sich die verfügbaren Haushaltsmittel für entwicklungspolitische Aufgaben in diesen Ministerien, insbesondere beim Auswärtigen Amt, im BMU und im BMF annähernd verdoppelt. Grundsätzlich hält die GKKE die Einbeziehung weiterer Ressorts angesichts globaler Problemlagen für richtig und zukunftsweisend. Die Betrachtung der gegenwärtigen Praxis in den verschiedenen Ressorts zeigt jedoch, dass es erheblichen Handlungsbedarf innerhalb der Regierung gibt, um den gleichen entwicklungspolitischen Grundsätzen und Verfahren in allen beteiligten Ressorts Geltung zu verschaffen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die zusätzlichen finanziellen und fachlichen Ressourcen für eine größere Wirksamkeit der Entwicklungspolitik genutzt werden.



Erzbischof Dr. Zollitsch
grüßt Bischof Dr.
Ackermann zur Amtseinführung im Trierer Dom

Fachgruppe „Pharma“ zu „Gesundheit in Entwicklungsländern“

Am 29. April 2009 hat die GKKE eine gemeinsame Stellungnahme mit dem Verband der Forschenden Pharmaunternehmen (VFA) zur Gesundheit in Entwicklungsländern veröffentlicht. Darin werden Regierung und Parlament aufgefordert, die bisherige Hilfe auszuweiten und wirksamer zu gestalten. Die Bedeutung der Ausbildung von einschlägigen Fachkräften und entsprechender Arbeitsangebote in den Entwicklungsländern werden besonders unterstrichen im Rahmen einer umfassenden Entwicklung der Gesundheitssysteme. Ein Unterausschuss für Gesundheit in Entwicklungsländern solle die Aktivitäten der Ministerien für Gesundheit, Entwicklungszusammenarbeit und Forschung im Bereich der globalen Gesundheit besser abstimmen.

Publikation zur Religionsfreiheit erschienen

„Religionsfreiheit - gegenwärtige Herausforderungen aus christlicher Sicht“ unter diesem Titel werden Beiträge und Ergebnisse aus der Arbeit von JP zur Religionsfreiheit in Heft 118 der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden dokumentiert. Sie werfen u.a. Schlaglichter auf theologische Fragen der Religionsfreiheit, skizzieren sowohl kirchen- als auch gesellschaftspolitische Herausforderungen und zeigen internationale Vergleichsfelder auf.

Dr. Klaus Lefringhausen aus der Gründergeneration der GKKE verstorben

Dr. Klaus Lefringhausen war nach der Gründung der GKKE im Jahr 1973 ihr erster Geschäftsführer auf evangelischer Seite. Er starb am 17. April 2009 bei einem Autounfall in Namibia. Über viele Jahre hinweg war er ein überzeugender Botschafter ökumenischer Gemeinsamkeit. Als Anwalt eines verbindlichen Partnerdialogs in der Entwicklungspolitik hat er sich bleibende Verdienste erworben und dem Gedanken der Einen Welt praktische Geltung verschafft.

Zum Tod von Prälat Bocklet - JP und GKKE verdanken ihm viel

Prälat Bocklet ist am 3. Juni 2009 gestorben; er war nicht nur von 1977 bis 2002 der hochverdiente Leiter des Katholischen Büro, sondern auch der Vorsitzende der GKKE auf katholischer Seite und Mitglied - davon auch viele Jahre im Vorstand - der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Er hat die inhaltliche Ausrichtung, besonders der entwicklungspolitischen Beiträge von Justitia et Pax stark mitgeprägt. Das Ökumenische Dialogprogramm der GKKE hat er gefördert und insbesondere durch seine sehr guten Kontakte in die Politik profiliert. Bei der Vorstellung der Rüstungsexportberichte der GKKE, die auch aus dem Ökumenischen Dialogprogramm erwachsen sind, hat er die Kritik der GKKE an der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung von Anfang an offen und freimütig vorgetragen - damals noch im Bundespresseclub in Bonn. Wir verdanken ihm sehr viel und werden am gleichen Auftrag einer gerechten und friedlichen Entwicklung für alle Menschen weltweit weiterarbeiten.

Impressum

***Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn
E-Mail: justitia-et-pax@dbk.de
Web: www.justitia-et-pax.de
Redaktion: Gertrud Casel***

Stellungnahmen und Erklärungen im Wortlaut finden Sie auf unserer Website www.justitia-et-pax.de unter den Rubriken „aktuell“ oder „Presse“. Hefte der Schriftenreihe sind unter „Publikationen“ oder bei der Geschäftsstelle zu beziehen.

*Deutsche Kommission
Justitia et Pax - Einrichtung
der Deutschen Bischofs-
konferenz und des Zentral-
komitees der deutschen
Katholiken zur Förderung
von Entwicklung, Menschen-
rechten und Frieden*